

Christoph Lütge | Michael Esfeld

UND DIE FREIHEIT?



Wie die Corona-Politik und
der Missbrauch der Wissenschaft
unsere offene Gesellschaft bedrohen

riva

Christoph Lütge | Michael Esfeld

UND DIE FREIHEIT?

Christoph Lütge | Michael Esfeld

UND DIE FREIHEIT?

Wie die Corona-Politik und
der Missbrauch der Wissenschaft
unsere offene Gesellschaft bedrohen

riva

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen

info@rivaverlag.de

Wichtiger Hinweis

Ausschließlich zum Zweck der besseren Lesbarkeit wurde auf eine genderspezifische Schreibweise sowie eine Mehrfachbezeichnung verzichtet. Alle personenbezogenen Bezeichnungen sind somit geschlechtsneutral zu verstehen.

Originalausgabe

1. Auflage 2021

© 2021 by riva Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH

Türkenstraße 89

80799 München

Tel.: 089 651285-0

Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Dr. Annalisa Viviani, München

Umschlaggestaltung: Karina Braun, München

Satz: Andreas Linnemann, München

Druck: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-7423-1909-8

ISBN E-Book (PDF) 978-3-7453-1629-2

ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-7453-1630-8



Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.rivaverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter www.m-vg.de

INHALT

| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Prolog | 7 |
| KAPITEL 1 | |
| Staatsversagen – Resümee eines Zusammenbruchs | 9 |
| KAPITEL 2 | |
| Geht doch! Ein kurzer Blick dorthin, wo es besser läuft .. | 17 |
| KAPITEL 3 | |
| Unverhältnismäßig und mittelalterlich – der flächendeckende Lockdown | 21 |
| KAPITEL 4 | |
| Kollateralschäden? Wie die Corona-Maßnahmen unsere Zukunft aufs Spiel setzen | 29 |
| KAPITEL 5 | |
| Rhetorik der Angst – wie ständig neue Drohkulissen aufgebaut werden | 35 |
| KAPITEL 6 | |
| Einseitige Politikberatung – wie die Wissenschaft vor den Karren der Regierung gespannt wird | 43 |
| KAPITEL 7 | |
| Schon vergessen? Wissenschaft soll Aufklärung und nicht Verboten Vorschub leisten | 57 |

KAPITEL 8

Evidenzbasiert?

Überlegungen zu einem umstrittenen Begriff. 63

KAPITEL 9

Rückkehr zur Freiheit – wider den auf Dauer gestellten

Ausnahmestand! 81

Ausblick 111

Über die Autoren. 123

Register 125

PROLOG

Der Mensch solle aus den Fehlern der Vergangenheit für künftige Entscheidungen lernen, heißt es. Der Satz könnte aber auch lauten, dass wir nicht nur aus den Fehlern lernen, sondern vor allem auch aus dem, was schon vor langer Zeit richtig gemacht wurde. Genau das aber war während der Coronakrise nicht der Fall, es wurde vielmehr versucht, die Vergangenheit außer Acht zu lassen – und völlig neue Fehler zu begehen. Denn im Grunde wussten die Menschen schon vor Jahrzehnten, wie mit einer Pandemie umzugehen ist. Bei der Asiatischen Grippe in der zweiten Hälfte der Fünfzigerjahre und der Hongkong-Grippe Ende der Sechzigerjahre etwa war es Konsens in der Wissenschaft, dass man gegen die Ausbreitung der Viren medizinisch vorzugehen habe. Das bedeutet, dass man diejenigen Personen behandeln muss, die medizinischer Behandlung bedürfen. Hinzu kamen in zweiter Linie allgemeine Hygieneempfehlungen, etwa das regelmäßige Waschen der Hände und das regelmäßige Lüften der Räume. Ferner weitere Empfehlungen, wie zum Beispiel, Abstand zu anderen Menschen zu halten oder sich nicht in Situationen zu begeben, in denen man bewusst oder unabsichtlich andere ansteckt. Diese Punkte blieben Stand der Wissenschaft über die folgenden Jahrzehnte – und zwar bis in das Jahr 2019. Als dann Ende des Jahres das Coronavirus sich von China aus zu verbreiten begann und Anfang 2020 auch unsere westliche Welt erreichte, fand plötzlich ein völliger Strategiewechsel um 180 Grad statt.

Nun wurde nämlich gesagt, dass man der Ausbreitung nicht mit medizinischem Handeln und Hygieneempfehlungen entgegenwirken könne, sondern dass man das Virus mit politischen Maßnahmen bekämpfen müsse. Es sollten also nicht die Mediziner mit ihrem Expertenwissen gegen die Ausbreitung vorgehen, sondern es sollten die Politiker im Grunde deren Rolle übernehmen, und zwar mit repressiven politischen Maßnahmen. Das bedeutet wiederum auch, dass dieser Strategiewechsel nicht mit medizinischen Fakten begründet werden kann. Denn die medizinischen Fakten wie insbesondere die Infektionssterblichkeitsrate liegen bei COVID-19 in derselben Größenordnung wie bei der Asiatischen Grippe der Jahre 1957/58 und der 1968 ausgebrochenen Hongkong-Grippe. Zudem sind bei Covid-19 die Risikogruppen viel klarer eingegrenzt als bei den früheren Virenausbrüchen, nämlich vorwiegend ältere Menschen mit Vorerkrankungen. Für alle anderen liegt die Gefährlichkeit des Coronavirus im Bereich der üblichen Grippeisiken. Daran ändern auch die – für Viren generell normalen – Mutationen nichts, die im fortgeschrittenen Stadium der Krise von Politikern immer wieder gerne bemüht werden: Diese Mutationen haben sich bereits in vielen Ländern (etwa Schweden oder Dänemark) weit verbreitet, ohne dass sich Todeszahlen oder ernsthafte Erkrankungen dort signifikant erhöht hätten (im Gegenteil). Und wer behauptet, diese Mutationen seien so viel gefährlicher, muss das belegen. Nicht umgekehrt. Sonst könnte man ja immer behaupten, wegen einer vermeintlichen, möglichen Gefahr müsse man in einer bestimmten Weise reagieren. Ob mit oder ohne Mutationen, das Coronavirus ist in allererster Linie für Hochbetagte mit Vorerkrankungen gefährlich. Doch all das wurde ignoriert und mündete schließlich in das große Scheitern, das wir inzwischen beobachten mussten.

KAPITEL 1

STAATSVERSAGEN – RESÜMEE EINES ZUSAMMENBRUCHS

Im März 2020 war klar, dass die epidemiologische Faktenlage mit früheren Virusausbrüchen vergleichbar war. Doch die Reaktionsweise darauf war eine vollkommen andere. Ein Faktor, der dabei eine Rolle spielte, war sicher die seinerzeit aufkommende oder sich verstärkende Panik. Die wiederum beruhte unter anderem darauf, dass die Medien Fotos verbreiteten, die Angst erregten. Politiker dachten vor diesem Hintergrund, sie könnten es sich nicht leisten, dass auch in unseren Krankenhäusern Fotos wie jene entstehen könnten, die damals unter anderem aus Italien, etwa aus dem schon fast sprichwörtlich gewordenen Bergamo, zu uns drangen. Wissenschaftler sollten eigentlich diejenigen sein, die auch in solchen Situationen einen kühlen Kopf bewahren und nicht in Panik verfallen. Ihre Aufgabe ist es, binnen kurzer Zeit die Faktenlage zu überprüfen, um dann die geeigneten Reaktionsmöglichkeiten zu erwägen. Die derzeitige Faktenlage war nämlich vergleichbar mit den früheren Ausbrüchen, zudem hat es in den vergangenen Jahrzehnten durchaus bemerkenswerte Fortschritte sowohl in

medizinischer als auch in technischer Hinsicht gegeben. Wir haben heute wesentlich schnellere Mittel der Kommunikation, wir müssen nicht mehr einen Brief auf eine lange Reise schicken und dann auf Antwort warten. Wir können über Computer kommunizieren, uns etwa per Video-Schleife direkt mit Menschen aus völlig anderen Regionen der Erde unterhalten und uns ohne zeitliche Verzögerung auf den neuesten Stand bringen. All dies könnte unter anderem etwa zur Überlegung führen, ob man nicht die medizinische Strategie wechseln solle oder müsse. Doch das fand eben nicht statt. Stattdessen wählte man einen radikalen Strategiewechsel: weg von der Medizin hin zu politischen Maßnahmen. Ein solcher Strategiewechsel kann aber nie allein durch medizinische Fakten begründet werden.

Vor diesem Hintergrund ist zunächst ein Fachbegriff zu erwähnen: die Non-pharmaceutical interventions (NPIs), die nicht pharmazeutischen Interventionen. Es handelt sich also um Eingriffe, die nicht darin bestehen, beispielsweise Medikamente einzunehmen oder Menschen zu impfen. Allgemeine Hygieneempfehlungen wie etwa Hände waschen und Räume lüften sind solche nicht pharmazeutischen Interventionen, da sie Anweisungen an die ganze Gesellschaft sind. Der springende Punkt ist der Übergang von Hygieneempfehlungen zu politischen Anordnungen. Ein Beispiel dafür stellen die mittlerweile hinlänglich bekannten Lockdowns dar oder etwaige Ausgangsbeschränkungen sowie die Pflicht, in Innenräumen, zum Teil sogar in Außenbereichen, Masken zu tragen, die für uns alle inzwischen zu einem alltäglichen Begleiter geworden sind. Genau solche Maßnahmen aber waren es, die zuvor ausdrücklich nicht empfohlen wurden – das gilt nicht zuletzt auch für die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die Koordinierungsbehörde der Vereinten Nationen für das internationale öffentliche Gesundheitswesen.

Es darf aber auch nicht verschwiegen werden, dass es einige medizinische Experten aus dem Bereich der Virologie gab, auf die plötzlich sehr stark gehört wurde, wie beispielsweise Christian Drosten, Virologe und Institutsdirektor an der Berliner Charité, dazu zählen aber auch die sogenannten Modellierer. Zu nennen ist hier insbesondere Neil Ferguson vom Imperial College in London, der in seiner Studie von Mitte März 2020 Berechnungen vorlegte, nach denen in den Vereinigten Staaten rund 2,2 Millionen und in Großbritannien 500 000 Menschen an den Folgen von Covid-19 sterben könnten, wenn die Politik keine Gegenmaßnahmen ergreife. Hinzu kamen noch weitere Personen, die speziell aus dem virologischen Lager stammen. In der Folge ist es dann zu einer sehr starken Einseitigkeit in der Debatte gekommen. Letztlich war es somit zwar nicht ein rein politischer Strategiewechsel. Vielmehr haben die Politiker sich sehr früh diejenigen Wissenschaftler gezielt herausgesucht, die bereit waren, einen Strategiewechsel von medizinischen zu repressiven politischen Maßnahmen mitzutragen.

Dahinter verbarg sich wiederum jene Panik, die den Beginn des Corona-Ausbruchs begleitete. Auch die Politiker sahen die Bilder aus dem chinesischen Wuhan oder aus Italien, und sie stellten sich die Frage, ob so etwas auch bei uns geschehen könnte. Weil es aber bei uns nicht geschehen durfte, hat sich vor diesem Hintergrund eine gewisse Eigendynamik entfaltet. In der Folge kam es zu massiven Grundrechtseinschränkungen. Schulen wurden geschlossen, Menschen in Quarantäne gesteckt, Ausgangsbeschränkungen und nächtliche Ausgangssperren und sogar Berufsverbote verhängt. Bestimmte Berufsgruppen – viele Selbstständige, Künstler und Veranstalter können ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben, mancher Kulturbetrieb wird nach dem Ende der Maßnahmen nicht wieder